



Janine Wissler



Tarek Al-Wazir



Tobias Eckert



Jörg Michael Müller

»EIN VÖLLIG FALSCHER SCHRITT«

Die Taxiproteste werden innerhalb der Politik immer mehr zum Gesprächsthema. Bestes Beispiel dafür ist eine Aktuelle Stunde über das PBefG im Hessischen Landtag.

Beantragt hatte die Gesprächsrunde Janine Wissler von der Partei Die Linke, die demzufolge auch als erste Rednerin vor die Mikrofone trat. Sie kritisierte die Eckpunkte des Bundesverkehrsministers: „Wenn die Rückkehrpflicht zum Betriebshof entfällt, bedeutet das noch mehr Verkehr, noch mehr Autos in der Stadt und noch mehr Schadstoffe. Ein solcher Angriff auf das Taxigewerbe muss uns alarmieren, denn Taxis sind ein

KEIN VERSTÄNDNIS UND NULL AHNUNG

Auch Parteivertreter der FDP und der AfD kamen bei der Aktuellen Stunde zu Wort. Oliver Stirböck als Vertreter der Liberalen sang die üblichen einseitigen Digital-Loblieder (Dienste wie Uber, Free now und andere verändern den Markt). Außerdem würde das Taxigewerbe doch gerade erst dadurch zum Opfer werden, indem man es weiterhin schützt.

Während Stirböck wenigstens noch etwas zur Sache zu sagen hatte, entblößte sich der AfD-Politiker Arno Enners mit einer geradezu peinlichen Unwissenheit. Zum einen, weil er keine Unterscheidung zwischen einem angestellten Taxi- bzw. Mietwagenfahrer und einem selbstständigen Konzessionsinhaber machte, zum anderen, weil er allen Ernstes davon sprach, das Finanzamt würde bei Taxis einen Kilometerschnitt vorschreiben. Höhepunkt der Inkompetenz war schließlich die Behauptung, Mietwagen würden durch Umwege einen finanziellen Vorteil bei der Privatwagen-Besteuerung erzielen, der Taxis aufgrund der Tarifpflicht verwehrt werde.

jh



wichtiger Teil des ÖPNV und erfüllen eine Aufgabe für das Gemeinwesen. Dieses System zu unterlaufen, indem noch mehr private Konkurrenz zugelassen wird, ist ein völlig falscher Schritt“, sagte die Fraktionsvorsitzende der hessischen Linken.

Prominentester Redner der Aktuellen Stunde war Wirtschafts- und Verkehrsminister Tarek Al-Wazir. Er erkannte die unterschiedlichen Ebenen, auf denen innerhalb des Taxigewerbes aktuell protestiert wird. Zum einen sei da der Änderungsbedarf des PBefG. Dass dieser aufgrund der Herausforderungen durch die Digitalisierung unumgänglich ist, sei ein parteiübergreifender Konsens. Zum anderen und parallel dazu sei es ebenso wichtig, das jetzt geltende PBefG durchzusetzen. Al-Wazir warb für die neuen Perspektiven, stellte Scheuers Eckpunkte aber nur wenig infrage. Die Einhaltung geltender Gesetze sei Grundlage für eine sachliche Diskussion.

GESETZ AN DIE WIRKLICHKEIT ANPASSEN?

Al-Wazirs Parteikollegin Karin Müller, Landtags-Vizepräsidentin und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, forderte, das PBefG müsse per Novelle „an die Wirklichkeit“ angepasst werden, wobei ein fairer Wettbewerb gewährleistet und die Interessen des Taxigewerbes berücksichtigt werden müssen. Das jetzige PBefG fördere den Verkehrskollaps. Rosinenpickerei zum Nachteil des Taxigewerbes dürfe aber auch nicht stattfinden.

Laut Tobias Eckert, dem stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden, müsse eine „Kannibalisierung des Marktes“ verhindert werden. Dazu zähle insbesondere die Unterscheidung zwischen Taxi und Mietwagen, weshalb die Aufhebung der Rückkehrpflicht entschieden abzulehnen sei. „Wir brauchen eine Neuregelung für die zukünftige Beförderung von Menschen, die fair, mit klaren, sozialen, qualitativen und ökologischen Standards geregelt sein muss.“ Über wolle seine Dienste in ländlichen Regionen nicht anbieten.

Von „zahlreichen Dienstleistern“, nicht nur dem „großen Gespenst Uber“, sprach Jörg Michael Müller: „Ein Großteil dieser Anbieter – außerhalb von Uber“ agiere bereits in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.

Dass man zu bestimmten Zeiten auf dem Land schwer von A nach B komme, ist für den CDU-Abgeordneten kein Grund, das Taxigewerbe zu schützen, sondern den Markt für andere Anbieter zu entwickeln. ■

ar